

Durchsetzungsinitiative

Gegner der Vorlage mobilisieren Eingebürgerte

Mehr als 700'000 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben den roten Pass durch Einbürgerung erhalten. Etwa jeder Achte Stimmberechtigte hat also einen Migrationshintergrund. Diese politische Kraft wollen die Gegner der Durchsetzungsinitiative mobilisieren.

15.1.2016, 13:54 Uhr | [5 Kommentare](#)

(sda) Möglichst viele Eingebürgerte müssten an die Urne gehen, um die Initiative zu bodigen, sagte der Basler Grossrat Mustafa Atici, [Präsident SP MigrantInnen](#), am Freitag vor den Bundeshausmedien. Dafür will die Vereinigung eine eigene Kampagne lancieren.

Laut Atici werden verschiedene Veranstaltungen durchgeführt und Flyer in zwölf verschiedenen Sprachen verteilt. Mobilisiert werden soll insbesondere über die Organisationen der jeweiligen Gemeinschaften, die bereits politisch aktiv sind. Statistisch ist das Potenzial beträchtlich, ist die Stimmbeteiligung bei den Eingebürgerten doch verhältnismässig tief.

«Botschaft des Hasses»

Für die Initiative fanden die Politikerinnen und Politiker der SP MigrantInnen deutliche Worte: Atici warnte davor, was diese für das Lebensgefühl der in der Schweiz geborenen jungen Ausländerinnen und Ausländern bedeuten würde.

Für die rund 400'000 Secondas und Secondos würde die Schweiz nach einem Bagatell-Delikt zu einem offenen Gefängnis, aus welchem sie jederzeit ausgewiesen werden können. «Der andauernde Wegweisungsstress wirkt zudem zermürend und wird diese jungen Menschen an den Rand der Gesellschaft drängen.»

Die spanischstämmige Waadtländer Nationalrätin Rebecca Ruiz sprach von einer «Botschaft der Rückweisung und des Hasses». Die Initiative setze zudem zwei Grundsätze des Strafrechts ausser Kraft, nämlich die Verhältnismässigkeit und die Berücksichtigung der Umstände des

Einzelfalls. Damit werde ein Zweiklassensystem eingeführt, «ein Rechtssystem, das einem totalitären Staat würdig wäre», sagte Ruiz.

Ausländerinnen und Ausländer, die ein schweres Delikt begangen hätten, könnten schon heute aus der Schweiz ausgewiesen werden, rief ihr Zürcher Fraktionskollege Martin Naef in Erinnerung. Mit der Initiative seien zudem Verstösse gegen das Personenfreizügigkeitsabkommen programmiert, «ein weiterer Sargnagel für geregelte Beziehungen der Schweiz zur EU», sagte der Politiker mit italienischen Wurzeln. Hinzu kämen tausende von Klagen beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof.

Ausgeschafft in eine unbekannte Heimat

Die SP-MigrantInnen warnten auch vor unerträglichen Härtefällen, welche die Initiative zur Folge hätte. Menschen würden wegen Bagatelldelikten in ein Land ausgeschafft, welches sie unter Umständen bestenfalls aus Erzählungen ihrer Grosseltern kennen würden und dessen Sprache sie meist nicht sprächen, sagte die Zürcher Kantonsrätin Isabel Bartal.

Über die Durchsetzungsinitiative wird am 28. Februar abgestimmt. Mit dieser will die SVP der 2010 angenommenen Ausschaffungsinitiative zum Durchbruch verhelfen. Das Anliegen geht aber viel weiter: Direkt in der Verfassung soll ein ganzer Katalog von schweren und weniger schweren Delikten verankert werden, die automatisch zur Ausschaffung führen würden. Im Wiederholungsfall könnten schon Bagatelldelikte zum Verlust des Aufenthaltsrechts führen.

Wird die Initiative abgelehnt, tritt die vom Parlament beschlossene Umsetzung der Ausschaffungsinitiative in Kraft. Diese sieht die automatische Ausschaffung bei schweren Delikten vor. Sie enthält auch eine Härtefallklausel, um stossende Fälle vermeiden zu können. Mit Ausnahme der SVP setzen sich alle Parteien sowie der Bundesrat für diese Lösung ein und lehnen die Durchsetzungsinitiative ab.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.